Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Anträgergebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten, Boten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Meißen.

Nr. 273. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Mittwoch 25. November 1925

Regierungserklärung vor dem Reichstage.

Dr. Luther über Locarno.

v. Berlin, 23. November.

Eine große, aber keine überwältigende Sitzung des Reichstages. Im Äußeren ganz das Bild eines außergewöhnlichen Tages. Auf dem Wallotbau am Berliner Königsplatz flattern im trüben Novembernebel die Banner mit den Reichsfarben, vor den verschiedenen Portalen stauen sich schon von früher Morgenstunde an die Menschenmassen, um die Auffahrt der fremden Diplomaten, die Ankunft der Reichsminister und der hervorragenden Parteiführer zu bestaunen. Die Photographen allenthalben auf dem Posten. Im Saal selbst um 11 Uhr, wo der Beginn angesagt ist, noch ziemliche Leere, die allmählich bei zögerndem Erscheinen der Reichsboten schwindet. Einige Bänke, namentlich bei den Rechtsparteien, werden aber überhaupt nicht besetzt. Die Tribünen, wie üblich, überfüllt, die ausländischen Botschafter und Gesandten zur Stelle, auch alle Reichsminister mit ihren Stäben. Nur der Platz des soeben zurückgetretenen Reichsjustizministers Frenken bleibt verwaist. Kurz nach ½12 Uhr gibt Präsident Löbe dem Kanzler das Wort. Dr. Luther sieht etwas überarbeitet aus, spricht aber in deutlicher Weise und wiederholt das, was als Standpunkt der Regierung schon bekannt ist. Den Rücktritt des Gesamtkabinetts nach der Unterzeichnung in London bestätigt Dr. Luther nochmals. Besonders hebt er die Stimme, als er wiederholt und mit Energie betonte, der Vertrag von Locarno und der Eintritt in den Völkerbund ändere nichts an dem auch für Deutschland unbedingt nötigen Freundschaftsverhältnis gegenüber Rußland. Die Kommunisten widersprechen nur schwach. Größere Unruhe erhebt sich rechts, als der Kanzler hervorhebt, in den autoritativen Äußerungen des Auslandes finde sich auch keine einzige Stelle, die den in der ganzen Sache dargelegten Meinungen und Ansichten der Reichsregierung widerspreche. Einige Abgeordnete der Rechten springen mit erregten Rufen, wie „unerhört", „nicht zu glauben" usw. auf, aus der Mitte und von Links wird mit stürmischen Rufen „Ruhe" geantwortet und es kommt fast zu einer kleinen Unterbrechung. Aber bald glätten sich die Wogen und Dr. Luther führt seine Rede zu Ende. Beifall der Linken, Unwillenskundgebungen ganz rechts begleiten den Schluß. Der Präsident gibt noch einen eingelaufenen Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen die Regierung bekannt, dann leert sich der Saal. Morgen wollen die Parteien mit ihren Reden beginnen. Man hofft im Laufe der Woche bis zur entscheidenden Abstimmung vorzudringen.

*

Sitzungsbericht.

(123. Sitzung.) CB. Berlin, 23. November.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit der offiziellen Mitteilung vom Rücktritt des Reichsjustizministers Frenken. Als der Präsident dann dem Reichskanzler das Wort erteilt, ruft ein Kommunist: „Der Vertreter des amerikanischen Großkapitals!" Ohne weitere Störung kann der Reichskanzler seine Rede beginnen.

Der Reichskanzler spricht.

Dr. Luther weist zunächst darauf hin, daß er sich durch das Abschiedsgesuch der deutschnationalen Minister vor die Frage gestellt gesehen habe, ob er ebenfalls sein Rücktrittsgesuch einreichen sollte. Eine Bejahung dieser Frage würde eine wesentliche Beeinträchtigung der wichtigen Verhandlungen über die Räumung der Kölner Zone und die Rückwirkungen von Locarno bedeutet haben. Das Kabinett wird nach Erledigung des Vertrages von Locarno zurücktreten, um eine Neubildung zu ermöglichen. Auch die Ausführung des Vertrages von Locarno muß durch ein Kabinett erfolgen, das in seiner Zusammensetzung die positive Einstellung zum Vertragswerk gewährleistet. Der Kanzler gibt dann eine Darstellung des Werkes von Locarno und wendet sich zunächst den Rückwirkungen zu. Diese

Rückwirkungen

stellten im Verhältnis zum Vertragswerk selbst in keiner Weise Gegenleistungen oder gar ein Handelsgeschäft dar. Die rheinische Bevölkerung habe es von sich aus in echt vaterländischem Geiste mit Nachdruck abgelehnt, daß irgendwelche Vorteile für sie mit politischen Gesamtnachteilen Deutschlands erkauft werden. Der Sinn des Vertragswerkes könne kein anderer sein, als neue und bessere Grundlagen für die friedliche Weiterentwicklung aller Länder Europas zu schaffen. Diese Entwicklungsrichtung müsse sich auch bei allen Deutschland auferlegten Beschränkungen auswirken, die mit einem wahren Friedenszustand unvereinbar sind. Gerade in dieser Stunde, wo die deutsche Reichsregierung sich mit fester Entschlossenheit zu dem großen Friedenswerk von Locarno bekennt, muß ausgesprochen werden, daß auch vom Standpunkt unserer Vertragsgegner aus durch den Abschluß des Friedenswerks die

Besetzung deutschen Landes ihre innere Begründung verliert.

Durch den Vertrag von Locarno ist insbesondere die von Frankreich stets geforderte Regelung der Sicherheitsfrage erfolgt. Angesichts dessen fühlt das deutsche Volk mit doppelter Schwere, wie sehr die bloße Tatsache der Besetzung als fortgesetzte seelische Bedrückung und als Ausdruck des Mißtrauens empfunden werden muß. Das deutsche Volk rechnet darauf, daß gerade auch das französische Volk in der jetzt beginnenden Entwicklung dieser selbstverständlichen deutschen Einstellung Rechnung trägt. Der Kanzler weist darauf hin, daß das deutsche Volk durch die bitteren Erfahrungen der letzten Jahre mit einem solchen Argwohn gegen vertragsmäßige Vorgänge und grundsätzliche Verheißungen erfüllt sei, daß es erst dann geneigt sei, zu glauben und zu vertrauen, wenn es Tatsachen sehe. Deshalb das dringende Verlangen, alsbald eine Wirklichkeit von Rückwirkungen zu erleben. Unabhängig von der Frage der Rückwirkungen sei und bleibe für das deutsche Volk die

Räumung der Kölner Zone.

Das deutsche Volk habe nie begreifen können, daß man wegen eines an der Gesamtabrüstung gemessen unerheblichen Restes der Abrüstung ein volles Drittel der Besatzung aufrechterhalten habe. Die Räumungstermine seien nunmehr festgesetzt. Im übrigen verweise er auf das in der Entwaffnungsfrage vorliegende Weißbuch. Der Kanzler würdigt, was tatsächlich inzwischen an Rückwirkungen in Erscheinung getreten ist, und betont, daß hier nur eine durchaus nüchterne Betrachtung der Dinge am Platze sein könne. Der praktische Weg unseres Volkes nach oben werde nur stufenweise vor sich gehen. Ein Rückblick auf das, was in den letzten Jahren geschehen sei, könne uns freilich mit dem stärkenden Bewußtsein erfüllen, daß dieser Weg trotz aller Not in seiner Hauptrichtung nach oben führt. Selbstverständlich sei auch bei den bisher vorliegenden Rückwirkungen noch eine nie ermüdende Ergänzungsarbeit zu leisten. Man müsse aber offen aussprechen, daß die bereits getroffenen Maßnahmen in ihrer Gesamtheit

wesentliche Erleichterungen in den besetzten Gebieten

bedeuten. Bei allen diesen Fragen werde der deutsche Rheinlandkommissar eine besonders große und verantwortliche Arbeit zu leisten haben. Der Kanzler gibt der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß auch die Organe der Besetzungsmächte mithelfen werden, das Los der rheinischen Bevölkerung und des gesamten deutschen Volkes nach Möglichkeit zu erleichtern. Die deutsche Regierung erblickt somit in dem Geschehenen und in Ausführung Begriffenen einen Beweis dafür, daß die Rückwirkungen sich vollziehen. Der Reichskanzler wendet sich dann der Frage des

Eintritts in den Völkerbund

zu. Mit dieser Frage, so erklärte er, verbinden sich sehr ernste Sorgen, die sich auf die Gesamteinstellung Deutschlands in der internationalen Politik beziehen. Aber auch gefühlsmäßig bewegt die Frage des Völkerbundes das deutsche Volk besonders tief. In diesem Widerstreit der Meinungen haben wir nicht nur die nüchterne Linie des deutschen Interesses festzuhalten, sondern es handelt sich um die entscheidende Frage, wie sich Deutschlands weltpolitische Lage durch den Eintritt in den Völkerbund verändern könnte.

Es fragt sich, ob Deutschland genötigt sein könnte zu einer Westorientierung unter Ablehr vom Osten. Eine solche Option zwischen West und Ost halte ich bei Deutschlands geographischer Lage für durchaus unmöglich (Beifall). Es steht fest, daß im Völkerbund gegen den Willen keines Mitgliedlandes, also auch nicht gegen den Willen Deutschlands, eine für das betreffende Land bindende Entscheidung darüber getroffen werden kann, ob und gegen welchen Staat der bekannte Artikel 16 angewandt werden soll. (Rufe bei den Völkischen: „Und das Durchmarschrecht?")

Das gilt auch für das Durchmarschrecht! (Rufe bei den Völkischen: „Na, na!") Aber meine Herren, so lesen Sie doch den Artikel 16! (Beifall und Heiterkeit bei der Mehrheit.) Deutschland will nicht mit versteckten Vorbehalten in den Völkerbund eintreten, aber es muß eine Berücksichtigung der Verhältnisse erwarten, die sich für Deutschland aus seiner vollständigen Entwaffnung und aus seiner geographischen Lage ergeben. Das mußte vorher festgestellt werden, damit sich Deutschland im gegebenen Fall nicht dem Vorwurf illoyalen Verhaltens und damit der Gefahr einer moralischen Isolierung aussetzt. Diese Gefahr wird abgewandt durch die in Locarno vereinbarte Erklärung zum Artikel 16, denn sie stellt fest, daß Deutschland nur insoweit zur Beteiligung verpflichtet ist, als das mit seiner militärischen und geographischen Lage vereinbar ist.

Das bezieht sich sowohl auf die wirtschaftlichen wie auf die militärischen Maßnahmen. Das ist nur eine Anwendung der Grundsätze und keine besondere Bestimmung für Deutschland. Daß es aber grundsätzlich noch einmal zum Ausdruck gebracht wurde, trägt der besonderen Bedeutung dieser Frage für Deutschland Rechnung.

Bei dieser Sachlage stehe ich nicht an, zu erklären, daß bei der jetzt geklärten Auslegung des Artikels 16 sich aus ihm keine Gefahren für Deutschland ergeben. (Zuruf bei den Völkischen: Ein weitsichtiger Staatsmann!) **Deutschland ist seines Sitzes im Völkerbund und im Völkerbundrat sicher.**

Wegen der Kolonialfrage sind Deutschlands Rechte auf Kolonialmandate ausdrücklich anerkannt worden. Wir erwarten in dieser Beziehung auch praktisches Vorgehen.

Was die

Kriegsschuldfrage

anbelangt, so hat die deutsche Regierung ihren Verhandlungsgegnern schon vor Beginn der Verhandlungen von Locarno ihren Standpunkt dargelegt. Sie hat ihr Festhalten an ihrer Haltung auch in Locarno ausgesprochen. (Zuruf rechts: „Und Artikel 61?") Dieser Standpunkt wird auch beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aufrechterhalten. Dieser tatsächliche Eintritt Deutschlands bedeutet ein Voranschreiten auf der bisherigen Linie. Es ist ein unverständlicher Kleinmut, anzunehmen, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbundrates nicht die Möglichkeit gewährt ist, seine Interessen kräftiger zu fördern als bisher. Das Maß dieser Möglichkeit wird von Deutschlands entschlossenem Weiterarbeiten auf dem Wege von Locarno abhängen. Auch die Frage des Investigationsbeschlusses betr. das Kontrollrecht wird durch den Eintritt eine schnellere Lösung finden können. Das Problem der

allgemeinen Abrüstung

hängt mit Locarno eng zusammen.

Der Gedanke der allgemeinen Abrüstung, wie er im Versailler Friedensvertrag festgelegt ist, wird von Deutschland ständig weiter vorwärtsgetrieben. Die grundsätzliche Zustimmung unserer Verhandlungsgegner dazu kam in Locarno zum Ausdruck.

Der britische Außenminister hat dies in seiner letzten Parlamentsrede nochmals bestätigt. (Zuruf rechts: „Theoretisch!") Wenn Deutschland im Völkerbund sein wird, wird dieser Gedanke positivere Formen annehmen. (Zuruf bei den Kommunisten: „Die Tatsachen sprechen dagegen!") Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund stellt somit keine Schwächung seiner politischen Lage, sondern eine neue Plattform dar, auf der es möglich sein wird, die Interessen des Deutschen Reiches und Volkes zu fördern. (Zustimmung links.) Die Frage des Eintritts in den Völkerbund bekommt ihre besondere Note durch die Verbindung mit dem Sicherheitspakt und den Schiedsverträgen, durch die Deutschlands Stellung im Völkerbund wesentlich beeinflußt wird.

In der Kritik des Vertragswerkes von Locarno hat man sich vielfach bemüht, durch verallgemeinernde Bemerkungen über die Haltung des Auslandes das ganze Vertragswerk in eine ganz unrichtige Perspektive zu rücken. Mir ist, obwohl ich die Äußerungen des Auslandes mit größter Aufmerksamkeit verfolgt habe, darunter bisher keine Äußerung von autoritativer Bedeutung bekanntgeworden, die mit unserer eigenen Darstellung in irgendeinem sachlichen Widerspruch steht.

(Lauter Widerspruch rechts, mehrere deutschnationale und völkische Abgeordnete schlagen mit der Faust auf den Tisch und rufen: „Das wagen Sie zu sagen! Unerhört!" — „Das heißt, den Kopf in den Sand stecken!") Nein, fährt der Kanzler fort, das heißt nur, daß man sich nicht vom geraden Wege abbringen läßt durch die Ablenkung auf Dinge, die mit dem Vertragswerk in gar keinem Zusammenhang stehen. (Beifall bei der Mehrheit.) Beim Abschluß des Westpaktes war es nicht die Absicht der deutschen Unterhändler, den Versailler Vertrag zu ändern, er bleibt bestehen. (Rufe rechts: „Also auch die Schuldlüge!")

Der Westpakt bedeutet aber auch nicht, daß Deutschland erneut ein förmliches und feierliches Bekenntnis zum Versailler Vertrag ablegt oder einen neuen Rechtsgrund für diesen Vertrag schafft. (Widerspruch rechts.) **An der deutschen Stellungnahme zu den einzelnen Bestimmungen des Versailler Vertrages wird weder moralisch noch politisch noch rechtlich irgend etwas geändert.**

Die Handhabung des Versailler Vertrages wird aber durch den Westpakt geändert. Das System der Diktate und Ultimaten kann nicht länger gegen uns angewandt werden. Die im Westpakt enthaltene Verwirklichung des Schiedsgerichtsgedankens ist eine außerordentliche Errungenschaft für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens. (Beifall bei der Mehrheit.) Der noch vor einem Jahre sehr ernsthaft erörterte Gedanke eines Sicherheitspaktes gegen Deutschland ist nun endgültig beseitigt. Im Osten haben wir mit Polen und der Tschechoslowakei Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen, die sich im Gegensatz zum Westen nicht an einen Sicherheitspakt anlehnen. Daß Deutschland nicht die Macht und nicht den Willen hat, im Osten Krieg zu führen, brauche ich nicht zu betonen. Das ganze Vertragswerk von Locarno gipfelt im Völkerbund. Den Frieden sichern heißt vor allem die friedliche Entwicklung sichern, die Entwicklung aus den Bahnen der Gewalt in die Bahnen des Rechts zu lenken.

Deutschland fördert seine eigenen Interessen, wenn es diese Entwicklung fördert durch seinen Entschluß zu positiver Mitarbeit im Völkerbund. (Widerspruch rechts.)

Es ist ganz falsch, wenn behauptet wird, wir gäben damit Deutschlands Souveränität auf. Der Punkt, in dem unsere geographische Lage zu Bedenken Anlaß gab, war der Artikel 16. Nachdem er geklärt ist, überwiegt das Interesse am Eintritt den einer Selbständigkeit, die doch letzten Endes nichts anderes ist als eine erzwungene Passivität. (Zustimmung links.) Durch Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages hat Deutschland den klaren Willen zum Ausdruck gebracht, durch den Vertrag von Locarno keinerlei Trübung seiner freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland eintreten zu lassen. Es gilt nunmehr, sowohl auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete in immer steigendem Maße Nutzen für Deutschland aus der Herstellung eines wahren Friedens in Europa zu ziehen. (Beifall links; Zischen bei den Völkischen.)

Nachdem Präsident Löbe noch von einem während der Rede Luthers eingegangenen kommunistischen Mißtrauensvotum gegen die Reichsregierung Kenntnis gegeben hat, wird die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

Klara Zetkin wieder in Berlin.

Berlin. Wie mitgeteilt wird, wird die kommunistische Reichstagsabgeordnete Frau Klara Zetkin am Dienstag vormittag in Berlin eintreffen, um an der Reichstagsdebatte über Locarno teilzunehmen und sich auch sonst wieder in Deutschland politisch zu betätigen. Frau Zetkin weilte seit dem Sommer 1923 ununterbrochen in Rußland.

Die Friedensverhandlungen mit Abd-el-Krim abgebrochen.

Paris. Eine Meldung der „Daily Mail" aus Tanger besagt, daß die Friedensverhandlungen, die Abd-el-Krim angeknüpft hatte, endgültig abgebrochen worden sind. Die spanischen Offiziere in Tetuan, die aus Alhucemas angekommen sind, hatten durch nächtliche Streifzüge der Riftruppen größere Verluste. Ein Angriff der Riftruppen gegen Algier soll jedoch mit erheblichen Verlusten zurückgeschlagen worden sein.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF